

Correspondent

Erscheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf.

Inserate
pro Spalte 25 Pf.

XXI.

Leipzig, Freitag den 9. November 1883.

№ 131.

Altersversorgung in Dänemark.

Der Anstoß, der in Deutschland mit dem Projekt der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter gegeben worden ist, hat auch den dänischen Minister Estrup veranlaßt der Abgeordnetenkammer einen auf die Altersversicherung bezüglichen Entwurf vorzulegen, dessen Erscheinen wichtig genug ist um den Entwurf näher zu skizzieren.

In Dänemark sind die Pläne auf Errichtung einer Staatsanstalt für Altersversorgung Unbemittelter keineswegs neu. Vor fünf Jahren empfahl eine Arbeiterkommission eine derartige Anstalt, zu welcher der Staat bis zu 100 Prozent der Einlagen der Interessenten aufsteigende Zuschüsse leisten und diese zugleich mit 5 Prozent verzinst werden sollten. Auch wurde zwangsmäßiger Beitritt für jeden Dienstboten im Alter von 15—20 Jahren verlangt. Dazumal zeigte die Regierung keine Neigung darauf einzugehen. Nicht minder scheiterte vor zwei Jahren ein Projekt von Folkethingsabgeordneten, welches sich wesentlich auf die Vorschläge der vorerwähnten Arbeiterkommission stützte und den Beitrittszwang für 15—22 jährige Personen bestimmte, während der Staat für Unbemittelte von 22—42 Jahren Zuschüsse leisten sollte und zwar in der Höhe der Einlagen. In Verbindung damit war eine Invalidenklasse geplant, welche ebenfalls durch bedeutende jährliche Staatszuschüsse stützt gemacht werden sollte. Auch dieser Entwurf ging zu Grunde und infolgedessen wurde die Regierung aufgefordert nun ihrerseits mit Vorklagen hervorzutreten.

Der neue vom Minister Estrup vorgelegte Entwurf hält ebenfalls am Prinzip des Staatszuschusses fest, jedoch findet sich keinerlei Zwang zum Beitritt ausgesprochen. Einer jetzt schon bestehenden staatlichen Anstalt für Lebensversicherung soll das neue Altersversicherungs-Institut als besondere Abteilung überwiesen werden und zwar unter Gewährung eines staatlichen Kapitals von zwei Millionen Kronen als Zuschuß und Ergänzungsfonds für das durch die Einlagen der Versicherten zu bildende Kapital. Jedermann kann eine Versicherung nehmen (ohne Unterschied des Geschlechts), der mindestens das 18. Lebensjahr erreicht und das 45. noch nicht überschritten hat. Mit Bezug auf die Einlagen wird den Interessenten jede Erleichterung gewährt, u. a. sind wöchentliche Einlagen gestattet. Diese werden mit 2 Prozent halbjährlich verzinst und in gewöhnlichen Fällen zum Ankauf von Leibrenten verwendet. Im entgegengesetzten Fall erfolgt die Rückzahlung der gemachten Einlagen mit Zinsen und Zinseszinsen. Am Jahrestage der ersten Einlage wird, nachdem der Interessent sein 55. Lebensjahr vollendet hat, eine Leibrente für den angesammelten Betrag, der durch einen Zuschuß aus dem Hilfsfonds vermehrt wird, angekauft. Dieser Zuschuß wird berechnet mit einem gewissen Prozentsatz der ersparten Summe und beträgt 50 Prozent, wenn alle Einlagen rechtzeitig beschafft worden sind. Die Einlagen dürfen nicht

größer sein als daß dieselben mit den erwähnten 50 Proz. Zuschuß nach dem vollendeten 55. Lebensjahre des Betreffenden den Kaufpreis einer Leibrente ausmachen, die im allgemeinen 200 Kronen nicht übersteigt. Wenn die Heimatskommune des Interessenten einen Zuschuß zu den Einlagen des Betreffenden leistet darf die Anstalt so große Einlagen entgegennehmen, daß diese mit dem Zuschuß aus dem Hilfsfonds zum Ankauf einer Leibrente von höchstens 300 Kronen ausreichen. Dasselbe ist der Fall wenn anstatt der Kommune der Arbeitsherr oder etwa ein Arbeiterverein ein Viertel des eigenen Zuschusses des Interessenten leistet. Wenn für den ersparten Betrag und den entsprechenden Zuschuß aus dem Hilfsfonds nicht wenigstens eine Leibrente von 10 Kr. jährlich dem Interessenten gesichert werden kann soll der aufgesparte Betrag mit dem Zuschuß aus dem Hilfsfonds dem Betreffenden zu der Zeit ausbezahlt werden wo die Leibrente in Kraft treten sollte. Stirbt der Interessent vor Ankauf der Leibrente werden die gemachten Einlagen mit Zinsen und Zinseszinsen an die Witte ausbezahlt, es sei denn daß der Interessent der Administration die Person namhaft gemacht hat, an welche der Betrag entrichtet werden soll. Die übrigen Bestimmungen über die Einzelheiten der Organisation und Verwaltung können wir füglich übergehen, da sie mehr technischer Natur sind und nur den Fachmann interessieren.

Minister Estrup hob in seiner Einführungsrede hervor, daß man es zuvörderst mit einem Versuche zur Lösung der Aufgabe zu thun habe, mithin der Einwand einer zu engen Begrenzung des Versicherungsbereiches nicht stichhaltig sei, denn einer späteren Erweiterung und Vervollständigung des ganzen Organismus stehe nichts im Wege.

Man sieht aus dieser kurzen Skizze, daß die Vorlage sehr beweglich ist. Man gibt sowohl den Kommunen als auch den Arbeitervereinen anheim sich an den Zuschüssen für die Interessenten zu beteiligen. Die Rückzahlung des Betrags in einer gewissen Zeit sowohl als auch nach dem Ableben an die Erben ist vorbehalten. Die Leibrente soll nur einen Maximalbetrag von 300 Kr. haben dürfen, aber auch diese Grenze kann verrückt werden. Endlich muß noch hervorgehoben werden, daß der Staatszuschuß erhöht oder zurückgezogen werden kann.

Daß es in Dänemark bald zur Verwirklichung dieses Projekts kommen wird ist fraglich, denn das dänische Abgeordnetenhaus steht mit der Regierung in Konflikt. Es ist nicht gar so unmöglich, daß jetzt die Volksvertretung sich von der Sache abwendet und den Gesetzesvorschlag an eine Kommission verweisen und ihn dort begraben wird. Indessen kann ein solches Verhalten die Sache wohl aufhalten, untergehen wird sie sicher nicht. In verschiedenen anderen Ländern, wie in der Schweiz und Frankreich, hat man dasselbe ins Auge gefaßt und wenn man den Nachrichten der Zeitungen glauben soll, wonach auch Spanien das Unfall- und Krankenversicherungswesen in korporativen Organisationen befördern will, so

kann man sich versichert halten, daß das Altersversicherungswesen ebenfalls einen internationalen Charakter bekommen wird.

Dem Plane einer Altersversorgung der verschiedenen Berufsstände hat man in Deutschland vorzüglich den Vorwurf gemacht, daß das schon unbeswillen nicht durchzuführen sei, weil die Löhne höher werden und unsere Industrie vor der ausländischen Konkurrenz um deswillen zu Grunde gehen müßte. Die neuesten Vorgänge beweisen, daß wenn nur ein einflussreicher Staat den Anstoß gibt die übrigen folgen müssen. Fällt der für das deutsche Reich bestimmte Altersversorgungsgesetz-Entwurf so aus, daß der genossenschaftlich-korporativen Bewegung ein Haltepunkt gegeben und auch sonst dafür gesorgt ist, daß die Möglichkeit der weiteren Entwicklung durch das Prinzip des Staatszuschusses nicht gefährdet wird, dann ist ein Beispiel für alle europäischen Staaten gegeben, keiner kann zurückbleiben. Es ist bei den sonst widerstreitenden Meinungen der Staatsmänner auch recht wohl denkbar, daß sich eine annähernde Gleichheit der Grundnormen zu den Versicherungen schaffen läßt. Wenn dieser Gedanke auch vielen noch als ein humanistisches Phantom gelten mag, der eine neueste Vorgang in Dänemark lehrt doch, daß sich die Geister auf ihren reformatorischen Bahnen begehen. M.

Korrespondenzen.

n. Berlin, 28. Oktober. (Zentral-Krankenkasse.) Die am 24. Oktober stattgefundenen außerordentlichen Versammlung für die Mitglieder der Z. K. K. beschäftigte sich mit der vom Vorstand in Aussicht genommenen außerordentlichen Generalversammlung sowie mit den in Zirkular Nr. 13 enthaltenen Anträgen. Die Motive dazu wurden durch den von der Verwaltung bestimmten Referenten aus dem Material, welches in früheren Zirkularen den einzelnen Verwaltungen vorgelegen, zur Kenntnis der Versammlung gebracht. Im Hinblick auf das aus dem Rechenschaftsbericht ersichtliche Defizit und den in Nr. 121 des Corr. enthaltenen Artikel aus Hannover erging sich Referent vornehmlich über die Ursachen der seitens Berlin verschuldeten Unterbilanz, auf die wir weiter unten zurückkommen. Die vom Vorstand in Vorschlag gebrachte Vertretung der einzelnen Mitgliedschaften durch Stuttigarter Kollegen begegnete zwar dem Bedenken, daß da hauptsächlich die Zustände der Städte, welche mit Unterbilanz gearbeitet, zur Besprechung kommen würden, eine eigene Vertretung um etwaige Irrtümer aufzuklären geeigneter scheine, doch schlug schließlich die Meinung durch, daß man in Hinsicht auf die zu erzielende Ersparnis nur dann eine selbständige Vertretung verlangen wolle sobald andere Gauen eigene Delegierte entsenden würden. Der Antrag auf Erhöhung des Beitrags von 40 auf 45 Pf. mit Steuerleistung sämtlicher Mitglieder, also einschließlic der Kranken und Reisenden, fand seine Verteidiger wie Gegner,

doch nahm ihn die Versammlung in der Ueberzeugung, daß die Prosperität der Kasse nur zu erreichen, sobald man mit bestimmten zahlenden Mitgliedern rechnen könne, mit überwiegender Majorität an. Die Frage der Entschädigung der Herangezogenen aus Mitteln der Vereinskasse wird Gegenstand einer anderweiten Beratung werden. Der von Hannover eingebrachte Antrag: „Die Krankenunterstützung nur an einem Arbeitstage beginnen und schließen zu lassen“ fand keine Sympathien; vielmehr wurde die Einführung der Tageselder als entscheidener Fortschritt anerkannt und Kranke, welche das Unglück haben an einem Sonntage arbeitsunfähig zu werden, als bezugsberechtigt betrachtet. Aus diesen Gründen wurde der Antrag einstimmig abgelehnt. Der Verschärfungsantrag § 50: „Wer die Kasse mißbraucht, kann, wenn ihm deshalb wiederholt die Unterstützung entzogen worden, ausgeschlossen werden“ erhielt die volle Zustimmung. Zu dem Antrag: „Die infolge des Krankenversicherungsgesetzes notwendig werdenden Statutenänderungen selbstständig durch den Vorstand vornehmen zu lassen“, wurde seitens der Berliner Verwaltung der Zusatz gestellt: „Sobald dieselben keine Erhöhung der Beiträge bedingen“. Aus Anlaß der vorherigen Stellungnahme des Vorstandes der Berliner Verwaltung zu den Anträgen und ungenügender vorheriger Information der Mitglieder über die vorliegende Tagesordnung gelangt sodann eine Resolution zur Annahme, welche die Verwaltung verpflichtet bei tiefeingreifenden Reformen eine allen Kollegen zugängliche Bekanntgabe durch den Corr. zu veranlassen. Der Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung, welche bereits per Urabstimmung mit 1017 gegen 124 Stimmen gut geheissen worden war, stimmte die Versammlung zu. Gegenüber dem in Nr. 121 des Corr. enthaltenen Artikel aus Hannover seien hier einige Mitteilungen über die hier geübte Krankenkontrolle gegeben. Bereits im vorigen Jahre sind die Krankenbesucher der Berliner Ortskasse behufs gegenseitigen Meinungsaustausches zu verschiedenen Sitzungen der hiesigen Verwaltung der Z. K. K. hinzugezogen worden, auch stehen die Verwalter beider Kassen in stetem Verkehr, und da die meisten Mitglieder der Z. K. K. auch Mitglieder der Ortskasse sind, so sind sie demnach einer doppelten Kontrolle unterstellt; die Kosten etwaiger Korrespondenzen der beiderseitigen Kontrolleure bei Entdeckung von Simulanten werden von beiden Kassen gemeinschaftlich getragen. Uebrigens hat die Berliner Verwaltung der Z. K. K. auch ein Reglement für die Krankenkontrolle aufgestellt, das weil auf die sogenannte Humanität wenig Rücksicht nehmend zwar den hiesigen Mitgliedern schwerlich gefallen wird, aber die Genehmigung des Zentralvorstandes bereits erhalten hat und möglicherweise den übrigen Verwaltungen als Muster zugestellt werden dürfte. Dem Vornwurf einer schwachen und lauen Kontrolle ist damit die Spitze abgebrochen. Die entstandene Unterbilanz ist auf andere Ursachen zurückzuführen. Bei Gründung der Kasse mußte eine große Menge Mitglieder ohne Gesundheitsattest aufgenommen werden, welche nunmehr jährlich eine bestimmte Anzahl Wochen die Kasse benutzen. Die Zurückweisung derjenigen, von denen man wußte, daß sie über kurz oder lang krank würden, fand in Stuttgart keine Genehmigung und unter diesen befanden sich vier bereits ausgesteuerte Mitglieder, an welche beinahe 3000 Mk. bezahlt worden sind. Den Kliniken und Heilanstalten werden alljährlich eine Anzahl Dauerkranker überwiesen, welche beträchtliche Summen von Berlin beziehen ohne hier Beiträge gezahlt zu haben; so wurden allein an zwei solche Mitglieder 550 Mk. bezahlt. Auch hat Berlin am Schluß des 2. Quartals an 21 Zugereifte 2218 Mk. Krankengeld verausgabt. Es sind das Zustände, welche von der Zentralisation bedingt werden; bestände diese nicht, so würden manche Orte, die ihre Kranken nach Berlin schicken, nicht mit Stolz auf ihre musterhafte Bilanz schauen können. Die Berliner Verwaltung bewacht die Kranken mit Argusaugen,

aber systematischen Ausbeutern sind Kerzte und Kontrolle kein Hindernis. Vielleicht schafft hier der oben zitierte Zusatzparagraph des Vorstandes einige Hilfe. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß wenn Berlin auch infolge der ungünstigen Umstände, mit denen es zu kämpfen hat, eine bedeutende Unterbilanz in der Z. K. K. aufweist, es hiergegen im Rechenschaftsbericht des U. B. (inkl. Z. K.) für 1882 mit einem Ueberschusse von 24 600 Mk. auftritt.

)(Braunschweig. (Versammlungsbericht.) Die am 21. Oktober c. vormittags abgehaltene Versammlung wurde vom Bezirksvorsteher 11¹/₄ Uhr eröffnet. Da das vom Schriftführer verlesene Protokoll der letzten Versammlung zu Einwendungen keine Veranlassung gab konnte sofort in die Tagesordnung eingetreten werden. Ad 1 derselben verliest der Vorsteher die in der Zeit vom 9. September bis 21. Oktober stattgehabten Veränderungen. Wiedereingetreten ist 1, zugereist 1, krank zur Zeit 1 Mitglied. Vom Kassierer wird sodann die Abrechnung des 3. Quartals 1883 vorgetragen. Vereinnahmt wurden während dieser Zeit im Bezirke 1408,95 Mk., davon entfallen auf die Allgemeine Kasse 669,50, Z. K. 20,40 Mk., Z. K. K. 595,80 Mk., Gaukasse 16,80 Mk., Vorschuß vom 2. Quartal 106,45 Mk.; verausgabt wurden für Reiseunterstützung 12 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 60 Mk., sonstige Unterstützungen 6 Mark, Porto 3,30 Mark, Krankenunterstützung 634,75 Mk., Verwaltungskosten 12,68 Mk., in der Gaukasse 4 Mk., in Summa 732,91 Mk., so daß ein Ueberschuß von 676,04 Mk. verbleibt; davon sind an die Gaukasse abgesandt 576,04 Mk., bleibt Vorschuß für das 4. Quartal 100 Mk. Dem Kassierer wurde, da gegen die Abrechnung nichts einzuwenden war, Decharge erteilt; hierbei nahm der Bezirksvorsteher Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß der derzeitige Kassierer Herr Lipper (seit dem 1. Juli c. im Amte) der erste Kassierer sei dem es gelungen die Abrechnung pünktlich fertig zu stellen. Die Versammlung beschloß sodann die Anstellung eines Vereinsboten; um die hierzu nötigen Mittel zu erhalten soll die Ortssteuer, welche vom 1. Januar d. J. ab fixiert war, wieder in beschränktem Maße eingeführt werden (früher pro Woche 5 Pf., jetzt pro Monat 5 Pf.). Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Z. K. K. Vom Schriftführer wurde hierzu ein Zirkular des Hauptvorstandes verlesen, in welchem auf den schlechten Stand der Kasse und die Notwendigkeit einer außerordentlichen Generalversammlung hingewiesen wird. In der Debatte über diesen Punkt konnte sich keiner der Redner mit dem vom Gauvorstande in Hannover gemachten Vorschlage, der Allgemeinen Kasse 40 000 Mk. zu entnehmen und damit der Z. K. K. wieder auf die Sprünge zu helfen, einverstanden erklären. Vielmehr war man in richtiger Würdigung der herrschenden Tarifverhältnisse sich bewußt, daß man die Allgemeine Kasse durchaus nicht schwächen dürfe; auch werde höchstwahrscheinlich die Aufsichtsbehörde der Z. K. K. ein solches Verfahren nicht dalben. Dagegen war man dem Vorschlage geneigt, welchen der Hauptvorstand in dem verlesenen Zirkulare machte, dahingehend, eine Mehrsteuer von 5 Pf. einzuführen, so berechtigt auch oft der Wunsch der Mitglieder auf Steuer-Ermäßigung sei. Von verschiedenen Seiten wurde hervorgehoben, daß wenn wir eine gefüllte Allgemeine Kasse haben die Mitglieder auch in den Stand gesetzt werden ihre berechtigten tarifmäßigen Lohnforderungen durchzusetzen und dann auch die hohen Steuern zu zahlen im Stande sind. In einer demnächst stattfindenden Versammlung wird dieses Thema weiter erörtert werden. Schluß der Versammlung 12³/₄ Uhr.

-ch. Hannover, 16. Oktober. (Vereinsbericht.) Am Freitag den 12. Oktober fand eine Versammlung des Lokalvereins Hannover statt, welche die Tarif-Angelegenheit auf der Tagesordnung hatte. Das Vertrauensmänner-Institut, die lokale Ueberwachungsbehörde für den Tarif, hatte das Referat. Der Vorsitzende desselben erstattete Bericht über die allgemeine Lage und über die Handhabung des Tarifs

am Orte, ausführend; daß wenn man unsere Verhältnisse in bezug auf die Einhaltung des Tarifs den allgemeinen in Deutschland gegenüber stelle man wohl sagen könne, daß sie noch günstig seien. Es kämen in größeren Druckereien allerdings Verstöße gegen einzelne Bestimmungen des Tarifs immer noch vor, indes könne man doch konstatieren, daß die weit- aus größere Zahl der Geschäfte das Bestreben habe den deutschen Buchdrucker-Tarif inne zu halten. Dahingegen seien gerade in der neuesten Zeit sogen. Druckereien entstanden, welche den Tarif und seine Bestimmungen geradezu ignorierten. Sie seien zwar für die allgemeinen Erwerbsverhältnisse und den ganzen Markt von untergeordneter Bedeutung, machten jedoch den anständigen Prinzipalen durch ihre billigen Arbeitskräfte eine teilweise empfindliche Konkurrenz. Der Verein fordere in erster Linie Innehaltung des Tarifs und müsse daselbe auch von diesen „Druckereien“ fordern; in denselben würde aber bedeutend unter Tarif gearbeitet und wo dies nicht authentisch nachgewiesen sei doch eine tarifmäßige Bezahlung mit Grund anzuzweifeln. Unter solchen Verhältnissen dürfe man keine Mitglieder des Vereins mehr in diesen „Druckereien“ dulden. Das Vertrauensmänner-Institut stelle deshalb folgende Anträge: „Die Druckereien von Voigt, Leunis & Chapman, Hahne, Töttler, Hölzje, Brauer und Berenberg sind unter Kontrolle des Vereins zu stellen. Die Mitglieder, welche in diesen Geschäften stehen, haben authentischen Nachweis ihrer tarifmäßigen Entlohnung beizubringen, widrigenfalls die Unterstützungsberechtigung für dieselben ausgeschlossen wird. Diejenigen Mitglieder, welche in den Geschäften neu eintreten, haben tarifmäßige Bezahlung zu verlangen; beginnen dieselben ihre Kondition unter solcher, so erfolgt sofortiger Ausschluß aus dem Verein. Dieser Beschluß kann ohne weitere Verhandlung auf alle Firmen, von welchen tarifwidrige Bezahlung bekannt wird, ausgedehnt werden. Mitglieder, welche in Hannover unter dem tarifmäßigen Minimum des gewissen Geldes anfangen, werden ausgeschlossen.“ Letzterer Passus wurde aus der Versammlung zugefügt und nachdem sich der Referent auch mit diesem einverstanden erklärt hatte wurden die gesamten Anträge mit sehr großer Majorität angenommen. Zu bemerken ist noch hierbei, daß die genannten Offizinen nur je 1—2 Gehilfen beschäftigen. Eine längere Debatte entspann sich darüber, ob sofort ein genereller Beschluß betreffs Unterstützung der infolge dieser Maßnahmen arbeitslos werdenden Mitglieder zu fassen oder ob die einzelnen Fälle der Versammlung zu unterbreiten seien. Ein direkter Antrag wurde nicht gestellt und der Gegenstand verlassen nachdem der Vorsitzende erklärt, daß der Vorstand unbedingt und genau nach dem Statut verfahren würde. Aus den übrigen Verhandlungen, die vorwiegend lokale Interessen betrafen, ist nur noch zu erwähnen, daß infolge einer vor einiger Zeit dem Vertrauensmänner-Institut überwiesenen Frage, Ueberstunden betreffend, die Versammlung durch Beschluß erklärte: „Die regelmäßigen Ueberstunden liegen nicht im Interesse des U. B. D. B., sondern sie schädigen denselben; man möge dahin wirken die permanenten Ueberstunden zu beseitigen.“

-g. Stuttgart, 28. Oktober. Eine auf gestern Abend einberufene Mitgliedschafts-Versammlung wurde vom Vertrauensmann bei Anwesenheit von etlichen 70 Mitgliedern um 8³/₄ Uhr eröffnet und zuerst das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt. Da bekanntlich eine in voriger Versammlung eingebrachte Resolution nicht zur Abstimmung gelangte, so war diese Angelegenheit mit folgendem Wortlaut als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt: Besprechung über den gefaßten Beschluß betreffs Entnahme von Geldern aus der Allgemeinen Kasse für die Z. K. K. Vom Referenten wurde in längerer Rede ausgeführt, daß in erster Linie hier eine Statutenverletzung vorliege, indem im Statut des U. B. D. B. sich auch nicht ein Buch-

Rundschau.

stabe vorfinde, der es gerechtfertigt erscheinen lasse aus der Kasse des Gewerksvereins Gelder für eine andere Kasse zu entnehmen, ohne daß vorher die Mitglieder darum gefragt seien. Auch die Leitaritel „Gewerksverein und Unterstützungskassen“ seien nicht im Stande als Beweismittel zu dienen. Ferner wurde ausgeführt, daß mit diesen Palliativmitteln der Z. K. K. wenig genützt sei, denn sobald die Ausgaben der Z. K. K. im 3. und 4. Quartale gleichen Schritt hielten mit den vorhergehenden Quartalen, so würde der Kassenbestand trotz der 12 000 Mk. nicht einmal bis Schluß des Jahres aushalten. Hätte der Zentralvorstand von Herrn D. J. ab bis Neujahr das Krankengeld um 2 Mk. pro Woche heruntergesetzt, wozu er laut Statut das Recht hatte, so wären damit ca. 28 000 Mk. erspart worden und man hätte dann nicht zu solchen Statutenverletzungen seine Zuflucht nehmen müssen. Hierauf wird folgende Resolution verlesen und zur Annahme empfohlen: Gegen den vom Zentralvorstand den Gauvorständen unterbreiteten und von den letzteren mit Majorität angenommenen Antrag, 12 000 Mk. aus der Allgemeinen Kasse zu entnehmen, protestiert die heutige Versammlung, weil sie in dem Beschluß eine Verletzung der Statuten des U. V. D. B. erblickt und erwartet, daß für die Zukunft solche Beschlüsse nicht mehr zur Ausführung kommen. Nachdem verschiedene Mitglieder sich für und gegen die Resolution ausgesprochen und einem Schlußantrage zugestimmt worden war, wird dieselbe mit 48 gegen 18 Stimmen angenommen; einige Mitglieder hatten sich der Abstimmung enthalten. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung, Offizielle Berichterstattung, wurde vom Schreiber dieses Artikels auf den letzten Versammlungsbericht in Nr. 115 verwiesen und auf die in Nr. 117 erfolgte Berichtigung. Eine Nichtigstellung der letztern sei von der Redaktion nicht aufgenommen worden. Wenn die Versammlung auch der Ansicht sei, daß dem Berichterstatter die objektive Schreibweise abgeht, so möge man den Gauvorstand beauftragen einen andern Berichterstatter zu ernennen. Der einzige Fehler, welcher in dem offiziellen Bericht gemacht wurde, bestand darin, daß statt vier Redner nur drei Redner aufgeführt wurden. Die Versammlung erklärte sich mit dem offiziellen Berichterstatter einverstanden, während der nicht anwesende Korrespondent sich keines Verteidigers zu erfreuen hatte. Inzwischen wurde von einem Mitgliede folgende Resolution eingebracht und nach kurzer Debatte von der Majorität der Versammlung angenommen: „Die heutige Versammlung der Stuttgarter Mitgliedschaft legt entschiedenen Protest ein gegen die Behandlung von Nichtigstellungen von Seiten der Redaktion des Corr., wie sie unsern offiziellen Berichterstatter zu teil wurde und wünscht, daß gerade von der Redaktion aus mehr Objektivität obwalten möge.“ Unter „Offene Fragen“ verwahrt sich unser Vertrauensmann und Vorsitzender des Gaus gegen die Anschuldigungen des Korrespondenten und fragt an, ob er bei künftigen Versammlungen den Punkt „Offene Fragen“ noch auf die Tagesordnung setzen solle oder nicht. Die Versammlung gab durch eine sofortige Abstimmung ihr Einverständnis mit der Zeitung der Versammlungen kund und damit dem Vertrauensmann ein Vertrauensvotum. Um 12¼ Uhr wurde die sehr ruhig und sachlich verlaufene Versammlung geschlossen. — Da man hier gewöhnt ist einige Mitglieder des Zentralvorstandes stets in unseren Versammlungen zu sehen, der Herr Vorsitzende aber in keiner Versammlung bis jetzt gefehlt hat, so mußte es allgemein auffallen, daß gerade in dieser Versammlung sämtliche Mitglieder des Zentralvorstandes durch Abwesenheit glänzten. Den „Protest“ gegen die Redaktion hätte sich die Majorität der 70 Stuttgarter ersparen können, wenn sie daran gedacht, daß eine Antwort auf die „Nichtigstellung“ des Vereinsberichts doch nur von der Versammlung selbst, wie jetzt geschehen, erfolgen konnte; persönliche Unterhaltungen werden besser am Orte gepflogen. (Red.)

In der Klagesache gegen die Eingeschriebene Hilfskasse des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter resp. deren Vorstand hat das Oberlandesgericht zu Raumburg eine für die Ausbreitung der Gewerksvereins-Hilfskassen wichtige Entscheidung getroffen. Das Gericht erkannte dahin, daß die Verwaltungsstellen der Gewerksvereins-Hilfskassen keiner weiteren Erlaubnis der Ortsbehörden bedürfen.

In Posen wurden in letzter Zeit über dortige Redakteure 35 Monate Gefängnis verhängt wegen Beleidigung, davon kommen auf den Dziennik Pohnanski 6 Monate, Wielkopolanin 15 Monate, Kurjer Pohnanski 11 Monate und Przeglad Koscielny 3 Monate.

Die Berliner Zeitung hat den Reichstagsabgeordneten v. Minnigerode beleidigt. Angeklagt waren der Redakteur Wisberger, der Verfasser Otto Reinsdorf und der Metteur Dickert. Der Verfasser hat 300 Mk. Geldstrafe zu zahlen; der Redakteur, der von dem Artikel vor dem Druck keine Kenntnis gehabt hat, 200 Mk.; der Metteur wurde freigesprochen.

Die Redakteure des Deutschen Tageblattes Dr. Hamann und v. Zobelitz und der Redakteur des Berliner Fremdenblattes Gustav Schenk in Berlin, der Beleidigung der Berliner städtischen Armenverwaltung angeklagt, begangen in Artikeln, welche das Verhalten der Armenverwaltung gegen den in schrecklicher Notlage sich befindenden Schuhmacher Kothe besprachen, wurden vom Berliner Schöffengericht freigesprochen.

Der Dresdner Buchdruckerverein wird sich Sonntag den 11. November an dem Festzuge zur Lutherfeier beteiligen und zwar als Cete. Die Kostüme für Gutenberg, Fust und Schöffer wie auch die erforderlichen Lampions liefert die Stadt Dresden.

Von Publitz (Pommern) siedelte am 1. Juli die Buchdruckerei von Anton Leutler (früher in Limbach i. S.) nach Tempelburg über, weil sie sich am erstern Orte nicht mehr halten konnte. Dafür ist mit diesem Quartale unter eigenen Umständen eine neue Druckerei nach Publitz gekommen. Das dortige Kgl. Landratsamt übertrug am 1. Oktober den Druck und Verlag des Publitzer Kreisblattes, welche sich bisher in den Händen des Buchdruckereibesizers Keimling befunden, an dessen Schwager den Drechslermeister W. Herring in Berlin und dieser richtete eine neue Druckerei ein. Grund zu diesem Wechsel soll mit gewesen sein, daß K. zu schlechtem Druck geliefert habe. Ob nun wohl der Drechslermeister besser drucken wird als der Buchdrucker?

Der Verein der Buchdrucker und Schriftgießer Niederösterreichs hat nunmehr die Gegenseitigkeit mit dem krainischen Kronlandsverein in Laibach aufgehoben.

Nr. 44 der Oesterreichischen Buchdrucker-Zeitung vom 1. November wurde wegen eines Artikels „Die Regierung und die Druckindustrie“ konfisziert.

Der Wiener Tarif vom 15. April wird laut Erklärung vom 31. Oktober an das Gremium von 85 Druckereien (auf dem Papiere) eingehalten. Karl Fischer, die Staatsdruckerei und Eduard Sieger haben sich einige Extravorbehalte ausbedungen.

Der Faktor der Buchdruckerei Karl Gerolds Sohn in Wien Johann Hammat, der seine Faktorstellung bereits 32 Jahre inne hat, feiert am 17. November sein 50jähriges Berufsjubiläum.

Am 27. Schweizerischen Typographenbund wurde am 27. Oktober per Abstimmung der bisherige Redakteur des Vereinsorgans Kleiber mit 469 Stimmen wiedergewählt und der Gegenseitigkeitsvertrag mit dem U. V. D. B. mit 526 Stimmen angenommen.

In Paris wurde Alexander Dumas dem Vater ein Denkmal gesetzt, dessen Schöpfer Gustav Doré ist.

In der Redaktion der Londoner Times laufen täglich ca. 200 Briefe ein, von denen jedoch nur etwa ein Dutzend einen brauchbaren Inhalt hat. Die Liste derjenigen, die sich bei dem Blatte behufs Anstellung vormerken lassen, weist im Durchschnitt permanent 1500 Namen auf.

Die englische Gesellschaft für gute Litteratur (Pure Literature Society), die sich zur Aufgabe gemacht die schlechten und schmutzigen Preßerzeugnisse aus dem Volke zu verdrängen, wendet diesem Streben ganz bedeutende Mittel zu. Bis jetzt wurden an 5713 Arbeiter-, Schul- und dergl. Bibliotheken für 1 055 960 Mk. Bücher zu halben Preisen abgegeben und der Sekretär besuchte persönlich in 210 Städten 15 973 Werkstätten.

Da die englische Post keine Entschädigungen für verloren gegangene, gestohlene oder beschädigte Paketsendungen gewährt, so hat sich in London eine Postpaket-Versicherungsgesellschaft gebildet mit einem Kapital von einer Million Mark.

Die Grubenarbeiter in den Kohlenwerken von North-Staffordshire haben die Arbeit zu den reduzierten Löhnen wieder aufgenommen. Der Streik soll den Gewerksvereinen 200 000 Mk. gekostet haben. Auch die streikenden Arbeiter der Darlington Iron and Steel Company, 1100 an der Zahl, sind zu den um 7½ bis 15 Prozent herabgesetzten Lohnsätzen wieder an die Arbeit gegangen. Dagegen nimmt der Streik der Maschinenbauer in Sunderland größere Dimensionen an. Die Lehrlinge haben eine Resolution gefaßt, worin sie erklären, daß sie die Arbeit nicht eher aufnehmen wollen, bis die fremden Maschinenbauer, die zur Ausfüllung der durch den Streik entstandenen Lücken engagiert wurden, entlassen worden sind, da dieselben nicht genügend befähigt seien um sie (die Lehrlinge) das Handwerk zu lehren.

Gestorben.

In Karau am 17. Oktober der Faktor Johann Jakob Graf aus Ulm, 67 Jahre alt.

In Dresden am 20. Oktober Ernst Günther von da, 27 Jahre alt; in letzter Zeit in der Irrenanstalt Kolbitz untergebracht. Am 2. November Gust. Zeibig von da, 36 Jahre alt — Nerventraktheit.

Briefkasten.

B. in Schmalfaden: Weber in der Form noch sonst zulässig. Wenden Sie sich an den Vorstand. — Sch. in G.: Wir haben Ihre Mitteilungen dem Verfasser gebachten Artikels zur Kenntnisnahme übermittelt und werden dann Gebrauch davon machen.

Vereinsnachrichten.

Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker.

Mecklenburg-Libed. Herr W. Hamburg ist mit dem 1. November von seinem Amte als Gauvorsteher und Reisefassenverwalter freiwillig zurückgetreten. Die Geschäfte des Gauvorstehers führt interimistisch G. Müller in Schwerin, Königstraße 27. Als Reisefassenverwalter wurde am Sonnabend dem 3. November in der Ortsvereins-Versammlung gewählt: Herr G. Löper in Schwerin, Königstraße 27, Eingang von der Seitengasse. Auszahlung des Reisefeldes nachmittags von 3—4 Uhr.

Schweidnitz. Bei Konditionsannahme wolle man sich vorher tarifmäßiger Bezahlung versichern; Minimum des gewissen Geldes für hiesigen Ort 19½ Mk.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigefügte Adresse zu senden):

In Altenburg Rich. Heuschkel, geb. in Eisenburg (Prov. Sachsen) 1858; war schon Mitglied. — C. Naute, Hofbuchdrucker.

In Wschaffenburg die Seher 1. Karl Roth, geb. in Wschaffenburg 1850, ausgelernt daselbst 1868; war schon Mitglied; 2. Joh. Fint, geb. in Wschaffenburg 1857, ausgelernt daselbst 1874; war noch nicht Mitglied. — Friedr. Seiger in Hanau, Waisenhaus-Buchdrucker.

In Leipzig der Gießer Andreas Niedermeier, geb. in München-Giesing 1858, ausgelernt in München 1876; war noch nicht Mitglied. — August Meyer, Eisenstraße 17.

In Berlin die Seher 1. Albert Newe, geb. in Simonsdorf 1861, ausgel. in Ronitz 1878; 2. Robert Köppe, geb. in Stettin 1864, ausgel. daselbst 1883;

3. Max Borg, geb. in Berlin 1862, ausgel. daselbst 1880; 4. Karl Haufe, geb. in Mroczko 1863, ausgel. in Neumarkt 1881; 5. Paul Roussain, geb. in Stettin 1863, ausgel. in Dpfaden 1881; waren noch nicht Mitglieder; 6. Gust. Reich, geb. in Tirsch-Hegel 1856, ausgel. in Berlin 1873; 7. Gerhard Badermann, geb. in Strunz 1860, ausgel. in Slogau 1879; 8. Karl Pfefferl, geb. in Amberg 1854,

ausgel. in Schwandorf 1881; 9. Otto Durst, geb. in Schwedt a. D. 1863, ausgel. das. 1871; 10. Oskar Koeber, geb. in Berlin 1854, ausgel. daselbst 1873; waren schon Mitglieder. — Franz Stolle, Berlin S, Alexandrinenstraße 80, II.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung. Am 5. November fehlte noch die September-Abrechnung der

Zahlstelle Schwerin. Da in den letzten Monaten von einigen Herren Verwaltern die Abrechnungen sehr spät eingelaufen sind, so wird hiermit der § 12 (vorletzter Absatz) des Reglements in Erinnerung gebracht. Sodann sind die Belege nicht nach der laufenden Nummer sondern nach den ausbezahlten Tagen zu sortieren. Stuttgart, 7. November 1883. Der Vorstand.

Anzeigen.

Buchdruckerei-Einrichtung

eine kleine, neu nach Pariser System, besonderer Verhältnisse halber zum Preise von 2200 Mk. zu verkaufen. Angebote unter S. 765 befördert die Exped. d. Bl. [765]

Eine Buchdruckerei

mit amtlichem Blatte u. vielen Nebenarbeiten ist sofort zu verkaufen. Off. u. Z. 885 bef. d. Exp. d. Bl. [885]

Nonpareille, Petit, Borgis, Garmond und Cicero Fraktur und Antiqua, Petit u. Garm. Cursiv, fette Petit u. Garm. Fraktur u. Antiqua, Bruchziffern, Zeichen etc., Ausschliessung, Durchschuss, Hohlstege etc. (Kegel nicht Pariser), nebst nötigen Kästen, zusammen 15 Ztr., für 500 Mk. zu verkaufen. Auch ist Petit, Garm. u. Cicero Griechisch, Petit u. Garm. Hebräisch und Text Musiknoten billig abzugeben. Schriftproben auf Verl. Off. an Haasenstein & Vogler, Darmstadt. [887]

Gebrauchte und aufs beste renovierte Buchdruckpressen als:

Einfache und Doppel-Schnellpresse, Cylindertretmaschine

sowie div. Handpressen verschiedener Systeme u. Größen hat unter Garantie abzugeben die

Schnellpressenfabrik Andreas Hamm in Frankenthal. [894]

Eine gebrauchte, jedoch nur in gutem Zustande befindliche Handpresse kauft die Buchdruckerei von Robert Raab in Krimmitschau. [891]

Faktor = Gesuch.

Ein tüchtiger energischer Faktor, der besonders vom Druck etwas verstehen muß, wird für eine mittlere Druckerei Schlesiens zu engagieren gesucht. Offerten mit Referenzen bef. sub D. G. 884 die Exped. d. Bl. [884]

Ein junger Mann, der am Rasten wie an der Maschine Tüchtiges leistet und das Korrekturenlesen perfekt versteht, findet in einer mittlern Stadt Sachsens sofort Stelle. Offerten sub A. A. 892 an die Exp. d. Bl. [892]

Für Schriftgießereien!

Ein tüchtiger Buchdrucker (langjähriger Faktor) wünscht die Vertretung einer leistungsfähigen Schriftgießerei für das Königreich und die Provinz Sachsen zu übernehmen. Adressen werden unter Nr. 896 von der Exped. d. Bl. zur Weiterbeförderung entgegen genommen. [896]

Geschäftsführer und Redakteur

sucht Stellung. Werte Offerten sub Nr. 881 durch die Exped. d. Bl. erbeten. [881]

Zur gefälligen Beachtung! Ein in der Druckerei-Leitung bewand. Buchdrucker wünscht als Accidenz-seher oder Faktor Stellung in einem mittlern Geschäft, das später nachweise event. käufl. übernommen werden könnte. Werte Offerten sub D. 717 befördert G. R. Daube & Co. in Leipzig. [895]

Ein in allen vorkommenden Arbeiten tüchtiger Schriftseher

mittelfrei, sucht per sofort dauernde Kondition. Off. an J. Köpfgutter, Wasserburg a. S. (Oberbayern). [874]

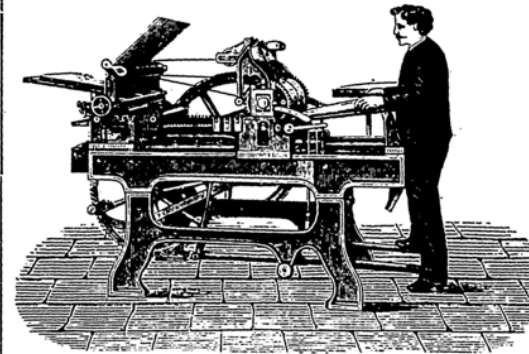
Ein junger Buchhändler, gegenwärtig litterarisch thätig, sucht unter besch. Anspr. Stellung in einer Druckerei mit Zeitungsverlag. Werte Offerten sind erbeten unter J. B. 20 Altenburg (S.-A.), postlagernd. [888]

Ein tüchtiger Schriftseher

sucht bald oder später bei bescheidenen Ansprüchen Stellung. Werte Offerten sub R. S. postlagernd Tirschberg i. Schlesien erbeten. [890]

Ein junger, tüchtiger Schriftseher und Maschinenmeister (mittelfrei) sucht sofort dauernde Kondition. Beste Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter H. F. 889 an die Exped. d. Bl. erbeten. [889]

Tretmaschine mit Cylinderdruck und Selbstausleger



1877 in Nürnberg mit der „silbernen Motivtafel“ (einzigen und höchstem Preis der ausgestellten Buchdruck-Schnellpressen) prämiert, eignet sich zu Zeitungs-, Werk-, Bunt- und Accidenzdruck gleich gut. Diese Maschine liefert mittelst verbesserten Anlege-Apparats genauestes Register ohne Punkturen, hat sehr leichten Gang und zur Bedienung nur eine Person nötig. Preis-Kurante, Zeichnung, Druckprobe sowie Prima-Referenzen stehen franko zu Diensten.

Maschinenfabrik Worms.

HOFFMANN & HOFHEINZ.

Ein tüchtiger Schriftseher sucht sofort Stellung. Offerten sub R. K. 886 an die Exped. d. Bl. erbeten. [886]

Galvanoplastik
Messinglinien-Fabrik
Leipzig • C. Kloberg • Thalstr. 15
Schriftgießerei
Stereotypie

Titel- u. Zierschriften
Einfassungen etc.
in schöner, reicher
Auswahl.
Proben
gratis und
franko
Härtestes
Metall
Ausgezeichneter
GUSS.
Complete Einrichtungen
in kürzester Zeit.

Ludwig & Mayer
Schriftgießerei
(vormal. C. J. Ludwig)
FRANKFURT am Main.

Schriftkästen und Regale

aus bestem Buchenholze, dauerhaft und gut gearbeitet, halte stets auf Lager und empfehle solche den Herren Prinzipalen zu äusserst billigen Preisen. Ueberhaupt werden alle Holzartensilien billigst und schnell geliefert von
R. Blumschein
Schriftkästen-Fabrik in Langensalza.
Preiskurante stehen gratis und franko zu Diensten.

Zierow & Meusch
Messinglinien-Fabrik
Galvanoplastik, Stereotypie
LEIPZIG.

Ein mit der Johannisberger Ein- und Zweifarbenmaschine und dem Deutzer Gasmotor vertrauter
Maschinenmeister
sucht in einer Druckerei mit Blattverlag, die er später käuflich zu übernehmen beabsichtigt, Stellung. Werte Offerten unter R. H. 893 bef. die Exped. d. Bl. [893]

Wilhelm Woellmers
Schriftgießerei in Berlin
52 Wasserthorstrasse 52.
Mehrere kleine Buchdruckerei-Einrichtungen bestehend aus den neuesten Fraktur- u. Antiqua sowie den modernsten und geschmackvollsten Zier-Titelschriften und Einfassungen Pariser (Didotschen) Systems sind stets am Lager.

Entwürfe für elegante Buchdruck-Arbeiten.
Albert Hoffmann
Atelier für Typograph. Zeichen
Berlin W.
Kühnener Straße 29, III.
Rasche Ausführung.
Mässige Berechnung.

Verlag von Alexander Waldow, Leipzig.
Bestellungen über 3 M. liefern, wenn Gelder nicht franko zugehen, in Deutschland u. Oesterreich gleichfalls franko.
Anleitung zum Satz mathematischer Werke. Preis 1 M. 25 Pf.
Anleitung zum Tabellensatz. Preis 2 M.
Anleitung zum Musiknotensatz. Von R. Dittlich. Preis 2 M. Diese Anleitung ist anerkannt die instruktivste für den Selbstunterricht.

Durch die Expedition des Correspondenten in Leipzig-Neuditz sind alle Fachschriften zu beziehen. Gegen Einfindung des nebenstehenden Betrags franko:
Allgemeiner Deutscher Buchdrucker-Tarif. 2 Bogen Taschenformat. Schiefert. 15 Pf.
Arbeiterrentenversicherungsgesetz. Preis 40 Pf.
Buden, Orthographischer Wegweiser für das praktische Leben. Verzeichnis sämtlicher deutschen und der meisten Fremdwörter, zahlreicher Eigen- und Personennamen in einheitlicher Schreibung. 1,50 Mt.
Titel-Regeln, Aufgestellt von der Typographischen Gesellschaft zu Leipzig. 10 Pf.
Typographische Jahrbücher, herausgegeben von Julius Mäser. 12 Hefte unter Kreuzband 4 Mt., durch die Post (Zeitungsverlag Nr. 1101) und Buchhandel bezogen 8 Mt. Erschienen seit 8.
Webers Handwörterbuch der deutschen Sprache. 15. Auflage. Mit Regeln und Wörterverzeichnis für die neue Rechtschreibung von Georg Berlit. In Galbfranzband 6,50 Mt.
Für Arbeiterversicherung. Geschichte und Wirken des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker. 1866-1881. Zweite ergänzte Auflage. Per Buchhandel 1 Mt. Für Vereinsmitglieder durch die Exped. d. Corr. bezogen 50 Pf.